

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG 2/März–April 2012

www.gpa-djp.at



**Wir kämpfen für
faire Einkommen!**

KV-Verhandlungen, Aktionen und Proteste ab Seite 4

Inhalt

Thema

- 04 Wir kämpfen für faire Einkommen
- 12 Kommentar

Aktuell

- 13 Kurzmeldungen
- 14 Interview mit Markus Marterbauer
- 16 120 Jahre GPA
- 18 Umfrage bei Österreichs SchülerInnen

Arbeitswelt

- 19 Kurzmeldungen
- 20 Reform der privaten Pensionskassen
- 22 Freie JournalistInnen: drei Euro Stundenlohn

Service

- 25 Kurzmeldungen
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebot
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



© Willi Denk

Faire Einkommen!

14



© Nurih Wegner-Strauss

Konsolidierungspaket

22



© wellphoto, Fotolia.com

Freie JournalistInnen

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, martin.panholzer@gpa-djp.at, Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud,

barbara.lavaud@gpa-djp.at Redaktion und Anzeigen:

Renate Zaunscherb, renate.zaunscherb@gpa-djp.at

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfner Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel,

Bickfordstr. 21 Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörfel

Coverfoto: Willi Denk

DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Gewerkschaft in Bewegung

Noch nie hat die GPA-djp gemeinsam mit ihren BetriebsrätInnen so viele Menschen in so vielen Bereichen mobilisieren können: Den Winter über gab es kaum eine Woche ohne Betriebsversammlungen, Aktionstage, Proteste oder Kundgebungen. Fast überall führte die Mobilisierung zum Erfolg – nämlich zu einem fairen Abschluss von Kollektivvertragsverhandlungen, die seitens der Arbeitgeber blockiert waren. Mittlerweile sollte es sich bei den Arbeitgebern herumsprechen, dass sich die Beschäftigten zur Wehr setzen, wenn ihnen der faire Anteil am Erfolg vorenthalten wird. Und dass sie dabei auf die volle Unterstützung der Gewerkschaft zählen können!

Die Titelgeschichte führt diese Erfolge eindrucksvoll vor Augen. Im Gesundheits- und Sozialbereich, bei den Banken und Sparkassen, im grafischen Gewerbe, bei den Energieversorgungsunternehmen, überall machten breite und solidarische Bewegungen Druck für eine Gehaltserhöhung über der Inflationsrate und bessere Rahmenbedingungen.

Zu diesem verbesserten Rahmenrecht gehört auch und immer wieder die Durchsetzung unserer Forderungen bei der Eltern- und Hospizkarenz. Besonders Frauen verloren bisher erhebliche Summen

durch ihre Karenzzeiten. Schritt für Schritt werden diese Nachteile nun abgebaut. Besser als mit diesen Erfolgen hätten wir den Internationalen Frauentag 2012 gar nicht feiern können.



Was das Konsolidierungspaket anbelangt, so stehen wir zur Notwendigkeit einer Eindämmung der Staatsschulden und haben immer betont, dass die Budgetkonsolidierung nicht auf Kosten von Wachstum und Beschäftigung gehen darf. Wir haben gegen Einschnitte in den Sozialstaat gekämpft und viele der Härten, die im Lauf der Verhandlungen zur Diskussion gestanden sind, konnten verhindert werden. Verglichen mit den Sparpaketen in anderen europäischen Ländern ist das österreichische Sparpaket relativ gemäßigt. Forderungen der Gewerkschaften wie die nach einer gerechteren Vermögensbesteuerung, die sich im Regierungsbeschluss nicht wiederfinden, bleiben selbstverständlich aufrecht.

Dwora Stein
Chefredakteurin

Wir können etwas bewegen!





Bei zahlreichen Kollektivvertragsverhandlungen kam es in diesem Winter zu massiven Konflikten, öffentlichen und betrieblichen Aktionen und sogar Warnstreiks. Ob im Gesundheits- und Sozialbereich und der Caritas, bei den Banken und Sparkassen (hier im Bild), im grafischen Gewerbe oder bei den Energieversorgern, die Arbeitgeber versuchten, den Beschäftigten ihre faire Gehaltserhöhung vorzuenthalten. Eine Herausforderung für die GPA-djp!

Von Barbara Lavaud



Bei klirrender Kälte demonstrierten am 1. Februar über 6.000 Menschen in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt für einen fairen Abschluss für die Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich (BAGS) und der Caritas.

BAGS und Caritas: Soziale Arbeit ist mehr wert!

Die Verhandlungen zum Kollektivvertrag der Berufsvereinigung der Beschäftigten im (privaten) Gesundheits- und Sozialbereich (BAGS-KV) starteten im November vorigen Jahres. Erst drei Monate später, am 21. Februar, nach schwierigen Verhandlungen, Betriebsversammlungen und Kundgebungen in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt, konnte für die rund 90.000 Beschäftigten eine akzeptable Einigung erreicht werden: Die kollektivvertraglichen

Löhne und Gehälter steigen um 3,4 Prozent, die Ist-Löhne und Gehälter um 3,2 Prozent. Damit konnte für die Beschäftigten die Abgeltung der Teuerung und ein leichter Reallohnzuwachs erzielt werden.

len Diensten wichtig, da nun endlich sichergestellt ist, dass für die Erbringung der Dienstfahrten ein Kostenersatz erfolgt“, freut sich Martha Fleschurz von der Volkshilfe OÖ und Verhandlungsvorsitzende der ArbeitnehmerInnen.

„Der Blick auf den Lohnzettel ist jeden Monat eine Beleidigung.“

Kilometergeld und Karenz

Erfreulich auch die Verbesserungen im Rahmenrecht, die nach jahrelangen Forderungen gelungen sind: So konnte erreicht werden, dass ab Jahresbeginn 2013 alle ArbeitnehmerInnen, die im Auftrag des Arbeitgebers ihr Privatfahrzeug für Dienstfahrten benutzen, das amtliche Kilometergeld erhalten, das nun im Kollektivvertrag verankert ist. „Dies ist vor allem für alle ArbeitnehmerInnen in den mobi-

Eine weitere wichtige Neuerung gibt es für alle Beschäftigten, die ab Februar 2012 in Elternkarenz bzw. Familienhospizkarenz gehen: Die Zeiten pro Karenz werden bis zu einem Höchstausmaß von zwölf Monaten auf das Gehaltsschema angerechnet. Diese Änderung wird maßgeblich zur Schließung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen beitragen. „Mütter oder Väter, die in Karenz gehen, müssen nun keine Biennalsprünge wegen ihrer Karenzzeit verlieren“, erklärt Fleschurz. Betroffen sind natürlich überwiegend Frauen, deren Einkommenssituation nach der Karenz nun wesentlich verbessert wird.

Video

Das Video von der großen Kundgebung am 1. Februar finden Sie auf unserer Webseite www.gpa-djp.at oder hier:



Caritas

Ähnlich wie bei den Verhandlungen für den BAGS-KV gab es auch beim Caritas-KV zunächst wochenlang keine Fortschritte. Auch hier lag das Angebot der Arbeitgeber weit unter den Erwartungen.

Die rund 12.000 MitarbeiterInnen der Caritas, die einem eigenen Kollektivvertrag angehören, wehrten sich ebenfalls gegen das Abwälzen der Sparpakete der öffentlichen Hand auf ihre Einkommen. Begleitend zu den Verhandlungen fand im Jänner vor dem Verhandlungs-ort, der Caritas der Erzdiözese Wien in der Albrechtskreithgasse, eine öffentliche BetriebsrätInnenkonferenz statt. Die GPA-djp und die Gewerkschaft vida hatten außerdem zu einer Mahnwache geladen.

Öffentlicher Protest

Einen Kollektivvertragsabschluss, der einen Reallohnverlust bedeutete, wollten die Gewerkschaften keinesfalls zulassen. Höhepunkt des Arbeitskampfes waren daher gemeinsame Protestkundgebungen der BAGS- und der Caritas-Beschäftigten am 1. Februar mit mehr als 6.000 TeilnehmerInnen in Wien, Linz, Graz und Klagenfurt.

Kernpunkt der Forderungen: Den Gesundheits- und Sozialbereich nicht krank sparen! Seit Jahren kämpfen die Beschäftigten mit hohem Arbeitsdruck und Unterbesetzung. Die Organisationen und Vereine kalkulieren mit äußerst knappen Personalressourcen. Dabei arbeiten die Menschen gerade in diesem Bereich mit viel persönlichem Engagement und Hingabe zum Beruf und sind oft rund um die Uhr im Einsatz.

„Ein Beschäftigter aus dem Sozialbereich sagte kürzlich zu mir, der Blick auf seinen Lohnzettel sei jeden Monat eine Beleidigung“, berichtet Martha Fleschurz empört. „Die Betreuung älterer, pflegebedürftiger oder behinderter Menschen darf nicht zu einem Billiglohnbereich zu Dumpingpreisen verkommen.“

Die breite Protestbewegung führte schließlich auch zum Erfolg: Sowohl BAGS als auch Caritas konnten Ende Februar einen fairen Abschluss erzielen, die Caritas mit einem vergleichbaren Ergebnis – 3,4 Prozent, Anrechnung von Karenzzeiten – wie der BAGS-Bereich.



Kollektivverträge

BAGS-KV

Plus 3,4 Prozent KV
(3,2 Prozent Ist)
Verhandlungsrunden: 4
Beschäftigte: 90.000
Gültig ab 1. Februar

Caritas-KV

Plus 3,4 Prozent (KV und Ist)
Verhandlungsrunden: 4
Beschäftigte: 12.000
Gültig ab 1. Februar

Über 100.000 Beschäftigte

Der BAGS-Kollektivvertrag gilt für rund 90.000 Beschäftigte aus dem privaten Sozial- und Gesundheitsbereich, der Caritas-Kollektivvertrag für die rund 12.000 Beschäftigten der Caritas. Große Arbeitgeber in der BAGS sind beispielsweise das Österreichische Hilfswerk, die Lebenshilfe Österreich, die Volkshilfe, Caritas Socialis, das Kuratorium Wiener Pensionisten Wohnhäuser, das Berufliche Bildungs- und Rehabilitationszentrum (BBRZ) oder die Jungarbeiterbewegung.

Anrechnung von Karenzen

Anrechnung von bis zu 12 Monaten pro Karenz für Eltern- und Hospizkarenzen für Karenzen nach dem 1.2.12 (auch rückwirkend) bei BAGS und Caritas.

KV- und Ist-Gehälter

„KV“ bedeutet Erhöhung der Mindestgehälter, „Ist“ bedeutet Erhöhung der tatsächlich bezahlten Gehälter.

Die Beschäftigten der Caritas hielten im Jänner in Wien-Ottakring eine Mahnwache für eine faire Gehaltserhöhung ab.



© Willi Denk



© Willi Denk

Nach einer Urabstimmung und vier Verhandlungsrunden reichte es auch den Angestellten der Banken und Sparkassen. Sie zogen Anfang März in drei großen Protestmärschen durch die Wiener Innenstadt.

KV-Finance: Urabstimmung und Protestaktionen

Da auch bei den KV-Verhandlungen für die Banken und Sparkassen (Finance-KV) keine fairen Ergebnisse erzielt werden konnten, wurde eine Urabstimmung bei den rund 80.000 Beschäftigten organisiert, an der 53 Prozent teilnahmen. Von den abgegebenen Stimmen lehnen 98,95 Prozent das Angebot der Arbeitgeber, das unter der Inflationsrate lag, einhellig ab; 98 Prozent fordern einen Abschluss deutlich über der durchschnittlichen Inflationsrate 2011 von 3,3 Prozent und 93 Prozent unterstützen weitere gewerkschaftliche Aktionen bis hin zum Streik.

„Das Ergebnis der Urabstimmung war ein deutlicher Vertrauensbeweis. Die hohe Teilnahme und die beeindruckende Zustimmung für weitere Aktionen stärkten uns enorm den Rücken“, so Wolfgang Heinzl, GPA-djp-Verhandlungsleiter und Betriebsratsvorsitzender der Bank Austria.

Finanz-Sektor in der Krise

Die Beschäftigten im Finanz-Sektor sind seit Beginn der Krise einem enormen Druck ausgesetzt. „Sie sind es, die den Ärger und die Sorgen der Kunden abfangen haben und um das Vertrauen der Kunden kämpfen“, betont Heinzl. Dazu brauche es aber Regeln und laufende Schulungen. Man dränge daher auf Gespräche über eine Charta für den verantwortungsvollen Vertrieb von Finanzprodukten. Heinzl kritisiert, dass sich die Arbeitgeber gegen solche Standards wehren, obwohl sie in anderen Branchen Usus sind und dem Schutz der Kunden dienen: „Gerade dann, wenn es um das Geld der Menschen geht, ist das dringend notwendig.“

Und auch mit dem Klischee der privilegierten Bankangestellten räumt Heinzl auf: „Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt von KundenberaterInnen am Bankschalter liegt zwischen 2.000 und 2.500 Euro.“ Dem gegenüber stehen stetig steigende Managergehälter: Ein ATX-Vorstand verdiente im Jahr 2010 durchschnittlich rund 1,15 Mio. Euro, das ist um knapp 20 Prozent mehr als im Vorjahr. „Ein Topmanager erhält damit das 41-fache eines durchschnittlich Beschäftigten an Gage. Das zeigt sehr deutlich, wo das eigentliche Einsparungspotenzial liegt“, rechnet Heinzl vor.

Kein Abschluss

Doch auch die auf die Urabstimmung folgende 4. Verhandlungsrunde verlief ohne Abschluss. Denn das „nachgebesserte“ Arbeitgeberangebot lautete 1,5 Prozent plus eine Einmalzahlung von 26 Euro. Damit wäre nicht einmal die Inflationsrate 2011 abgegolten. Am 5. März fanden daher in ganz Österreich öffentliche Protestkundgebungen statt. „Damit haben wir gemeinsam mit den Beschäftigten die Enttäuschung über das Arbeitgeberangebot sichtbar gemacht“, erklärt Heinzl. „Der überwältigende Erfolg der Protestmärsche gab uns Recht – die Beschäftigten lassen sich nicht mit solchen unfairen Angeboten abspesen!“

Auch die folgenden Verhandlungsrunden brachten trotz Annäherungen kein Ergebnis.

Die Arbeitgeber sind, trotz Beteuerungen im Vorfeld, nicht bereit, selbst bei den niedrigeren Gehältern, mehr als die Inflationsrate abzugelten. Über den aktuellen Stand der Verhandlungen und weitere Aktionen informiert unsere Homepage: www.gpa-djp.at

Finance

Das Video über die großen Finance-Protestmärsche finden Sie auf unserer Webseite www.gpa-djp.at oder hier:



Grafisches Gewerbe: Kollektivvertrag verlängert nach Kündigung

Eine konfliktträchtige Vorgeschichte hat auch der diesjährige Abschluss des Kollektivvertrags für die Beschäftigten im grafischen Gewerbe: Im September des Vorjahres kündigte der Arbeitgeberverband der Druck- und Medientechnik die grafischen Kollektivverträge per 31. März 2012. Es drohte ein vertragsloser Zustand für die rund 10.500 Beschäftigten der Branche. Das Ziel der Arbeitgeber war klar: Die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen in den österreichischen Druckereien sollten sich wesentlich verschlechtern.

BetriebsrätInnen-Konferenz

Die Forderung der Arbeitgeber war ein Lohn- und Gehaltsregime, das unter der jeweiligen Inflationsrate gelegen wäre, was die Gewerkschaft selbstverständlich nicht annehmen konnte. Da die Gespräche mit den Arbeitgebern scheiterten, wurden gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen eingeleitet. Den Beschluss dafür fassten die FunktionärInnen des grafischen Gewerbes einstimmig Anfang Dezember in Wien bei einer BetriebsrätInnen-Konferenz. In der Folge fanden zwischen Mitte Dezember und Mitte Jänner in allen grafischen Betrieben Betriebsversammlungen statt.

Proteste und Streiks

Als auch die nächsten Verhandlungen Mitte Jänner scheiterten, fanden am 25. Jänner im Rahmen eines Protest- und Streiktages bei den Bogen- und Rollendruckereien in 29 ausgewählten Betrieben Betriebsversammlungen statt, die größtenteils in einen Warnstreik übergingen.

In einem nächsten Schritt rief die GPA-djp gemeinsam mit BetriebsrätInnen der Branche zu einer Protest-

kundgebung vor dem Betrieb des Präsidenten des Verbandes Druck- & Medientechnik, Rudolf Cuturi, in Linz auf. Rund tausend Beschäftigte aus ganz Österreich versammelten sich am 17. Februar vor dem Medienhaus Wimmer und protestierten eindrucksvoll gegen die Kündigung ihres Kollektivvertrages.

Kollektivvertrag verlängert

Die Proteste führten zum Erfolg: Nach zwei Tagen intensiver Verhandlungen Ende Februar konnte schließlich die Laufzeit des grafischen Kollektivvertrages verlängert und auch ein Lohn- und Gehaltsabschluss für die Beschäftigten der Branche erzielt werden: Die Löhne und Gehälter werden für die Beschäftigten in Rollenoffsetbetrieben, in Bogenbetrieben und für ArbeitnehmerInnen in Mischbetrieben um 3,63 Prozent erhöht. Für die Beschäftigten in Tageszeitungsbetrieben erhöht sich der KV-Lohn um 3,75 Prozent.

„Damit hat man einen gemeinsamen Kompromiss gefunden, der

zum einen die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Druckereien verbessert, und zum anderen den Beschäftigten der Branche in der nächsten Zeit kollektivvertragliche Sicherheit gibt“, zeigt sich Verhandlungsführer Franz Bittner mit dem Ergebnis zufrieden. „Es ist uns gelungen, zukünftige Lohn- und Gehaltserhöhungen unter der Inflationsrate, so wie von den Arbeitgebern gefordert, zu verhindern“, so Bittner weiter. „Dank des großartigen Engagements der Beschäftigten und der BelegschaftsvertreterInnen konnten wir einen Großteil der Forderungen der Arbeitgeber abwenden.“

Grafisches Gewerbe

Rollenoffset, Bogen- und Mischbetriebe:
plus 3,63 Prozent
Tageszeitung:
plus 3,75 Prozent
Beschäftigte: 10.500
Gültig ab 1. April

Linz, 17. Februar: Die empörten Beschäftigten des grafischen Gewerbes fanden sich zahlreich vor dem Betrieb des Präsidenten der Arbeitgeber, Rudolf Cuturi, ein. Die Proteste waren erfolgreich und brachten den lange erkämpften KV-Abschluss.

© Eva Kacár



EVU: Abschluss in vierter Verhandlungsrunde

Mit dem Kollektivvertragsabschluss für die 21.000 Beschäftigten der österreichischen Energieversorgungsunternehmen (EVU) konnte das Niveau der anderen erreichten Abschlüsse im industriellen Bereich gehalten werden: Die GPA-djp erreichte gemeinsam mit der Gewerkschaft PRO-GE eine deutliche Steigerung der unteren Lohn- und Gehaltsstufen. Die kollektivvertraglichen Mindestgehälter steigen zwischen 4,2 und 3,8 Prozent (die Ist-Gehälter um 3,8 bzw. 4,0).

Dem Kollektivvertragsabschluss waren schwierige Verhandlungen vorausgegangen, in regionalen Betriebsversammlungen hatten die Belegschaften bereits Protestkundgebungen und Warnstreiks angekündigt. Vor der dritten Verhandlungsrunde Anfang Februar wurden bei regionalen Betriebsversammlungen einstimmig Durchsetzungsmaßnahmen beschlossen. Versammlungen fanden in Wien, Oberösterreich, in der Steiermark, in Salzburg, Kärnten, Tirol und Vorarlberg statt, die Stimmung war gereizt und die Beschäftigten waren zu Recht über das Angebot der Arbeitgeber empört: Geboten wurde zu diesem Zeitpunkt lediglich eine Inflationsabgeltung sowie nicht nachhaltige Einmalzahlungen – und das in einer florierenden Branche. Vor der vierten Verhandlungsrunde wurden öffentliche Betriebsversammlungen aller Beschäftigten der Energiewirtschaft aus ganz Österreich und Warnstreiks in Aussicht gestellt, die GPA-djp und die PRO-GE holten sich beim ÖGB die Streikfreigabe. Die vierte Runde brachte daraufhin die Einigung.

GPA-djp-Chefverhandler Karl Proyer zeigt sich zufrieden: „Nach einem

Abschluss mit 4,3 Prozent in der Mineralölindustrie, von 3,8 Prozent in der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie und nun eben in der E-Wirtschaft mit 4,2 Prozent sind wir stolz darauf, für die Beschäftigten gute Abschlüsse im industriellen Bereich erzielt zu haben.“

Industrie

EVU (Energieversorgungsunternehmen)

Plus 4,2–3,8 Prozent KV-Mindestgehälter (4,0 bzw. 3,8 Prozent Ist)
Verhandlungsrunden: 4
Beschäftigte: 21.000
Gültig ab 1. Februar

Mineralöl

Plus 4,3 Prozent KV (4,2 Prozent Ist)
1 Verhandlungsrunde
Beschäftigte: 4.000
Gültig ab 1. Februar
Karenzen: 22 Monate je Kind, ab dem 1. Februar

Papier und Pappe verarbeitende Industrie (PPV)

Plus 3,8 Prozent für KV (plus 3,5 Prozent Ist)
Verhandlungsrunden: 3
Beschäftigte: 9.500
Gültig ab 1. März

Austrian Airlines: Turbulenzen und Verhandlungen

Bei Redaktionsschluss noch ungewiss war die Zukunft der Kollektivverträge der AUA-Beschäftigten. Derzeit gibt es innerhalb der AUA-Gruppe drei verschiedene Kollektivverträge: Austrian Boden (zuständig GPA-djp), Austrian Bord (vida) sowie Tyrolean Boden und Bord (vida). Zu Turbulenzen kam es in den vergangenen Wochen vor allem beim Bord-KV, also beim fliegenden Personal und besonders bei den Piloten. Hier versucht das Management, die Beschäftigten auf den billigeren Tyrolean-KV umzustellen.

Beim Bodenpersonal haben sich die Wogen zwischen Belegschaftsvertretung und Management wieder geglättet. Der von der AUA übermittelte KV-Vorschlag für das Bodenpersonal ist jedenfalls wieder vom Tisch. Ein erster Erfolg aus Sicht der GPA-djp. Karl Proyer, stv. Bun-



© Willi Denk



des Geschäftsführer, stellt klar: „Wir verhandeln nun mit der nötigen Verantwortung weiter. Für uns ist wichtig, dass sich die Beschäftigten auf eine sichere und kontinuierliche Weiterentwicklung des Kollektivvertrages verlassen können.“

KV-Abschluss bei den Reisebüros

Auch in der Reisebürobranche gab es öffentliche Aktionen zur Durchsetzung eines KV-Abschlusses. In der vierten Verhandlungsrunde einigten sich die GPA-djp und der Fachverband der Reisebüros auf eine kräftige Erhöhung der Mindestgehälter. ■

Reisebüros

Plus 75,- Euro bis zu einem Betrag von 1.557,- Euro. Für darüberliegende Beträge plus 65,- Euro. Durchschnittliche Erhöhung der Mindestgehälter um 4 %.

KV-Abschlüsse 2012

Versicherungsangestellte

Plus 4 Prozent im Außendienst
Plus 2,1 Prozent plus 46 Euro im Innendienst
Verhandlungsrunden: 2
Beschäftigte: 22.000
Gültig ab 1. März

Angestellte in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft

Plus 3,4–3,9 Prozent KV
1 Verhandlungsrunde
Beschäftigte: 3.000
Gültig ab 1. April

Diakonie-Beschäftigte (Sozialbereich)

Plus 3,4 Prozent KV
Verhandlungsrunden: 5
Beschäftigte: 4.500
Gültig ab 1. Februar
Eltern- und Familienhospizkarenz:
bis zu 12 Monate pro Karenz

Austria Tabak

Plus 3,95 Prozent (KV und Ist, maximal 250 Euro)
Verhandlungsrunden: 5
Beschäftigte: 900
Gültig ab 1. März

Wiener Rotes Kreuz

Plus 3,3 Prozent KV
Verhandlungsrunden: 4
Beschäftigte: 6.000
Gültig ab 1. Februar
Eltern- und Familienhospizkarenz:
bis zu 12 Monate pro Karenz (für Karenzen ab 1.1.2012)

Kaufmännische Angestellte bei Tages- und Wochenzeitungen

Plus 3,75 Prozent KV, plus Quinquennissummen
1 Verhandlungsrunde
Beschäftigte: 2.300
Gültig ab 1. April
Elternkarenzen: bis zu 22 Monate (für Karenzen ab 1.1.2012)

Journalistische MitarbeiterInnen bei Zeitschriften und Fachmedien

Plus 3,6 Prozent KV, Überzahlungen aufrecht
Honorare: plus 7,7 Prozent (99 Euro/A4)
1 Verhandlungsrunde
Beschäftigte: 3.500
Gültig ab 1. März
12 Monate Elternkarenz bereits seit 1990

Mehr dazu auf www.gpa-djp.at/kollektivvertrag

Von einer Krise zur nächsten, die Leidtragenden sind die Beschäftigten. Die AUA kommt nicht zur Ruhe. Das Bodenpersonal zeigt dem Management daher die rote Karte.



Kommentar



Das Sparpaket, wie ich es sehe

Das Stabilitätspaket setzt nicht alles um, was Gewerkschaften gefordert haben, ist aber ein tragbarer Kompromiss.

Von Wolfgang Katzian

Das Konsolidierungs-
Sparpaket enthält keine Vermögenssteuer, keine Erbschafts- und Schenkungssteuer, und auch die Grundsteuer wird vorläufig nicht angepasst. Das alles gemeinsam mit einer Reihe von Maßnahmen auf der Ausgabenseite veranlasst uns, auch aus gewerkschaftlicher Sicht, natürlich nicht zu Jubelrufen.

Betrachten wir die vorliegende Einigung jedoch einmal nüchtern und pragmatisch: Fakt ist, dass Budgetkonsolidierung mittelfristig notwendig ist, wenn wir uns politischen Handlungsspielraum im Gefüge der EU erhalten wollen. Der ÖGB, die Gewerkschaften und die AK haben am 20. Jänner in einer großen Betriebsratskonferenz unsere Bedingungen für eine Budgetkonsolidierung klargestellt: Budgetkonsolidierung darf Wachstum und Beschäftigung nicht gefährden. Sie muss Raum für Offensivmaßnahmen lassen. Es darf zu keinen Privatisierungen kommen, und auch zu keinen Einschnitten in unser soziales Sicherungsnetz.

Was bedeutet das nun konkret für unsere Einschätzung des Konsoli-

dierungspakets? Durch die ausgaben-
seitigen Konsolidierungsmaßnahmen wird es zu einer leichten Dämpfung des Wirtschaftswachstums kommen. Berücksichtigt man jedoch, was an Maßnahmen in den vergangenen Wochen im Raum stand – von einer rein ausgaben-
seitigen Konsolidierung über eine Anhebung der Mehrwertsteuer bis hin zu einer oder mehreren Nulllohn-
runden für PensionistInnen – dann ist der vorliegende Kompromiss sicher vertretbar.

Von einem gerechten Steuersystem, das Arbeit entlastet und Vermögen belastet, sind wir noch weit entfernt.

Positiv hervorzuheben sind die zusätzlichen Mittel für Offensivmaßnahmen im Bereich Arbeitsmarkt, Bildung oder Pflege – auch wenn es kein Geheimnis ist, dass wir auch hier auf Sicht noch weitere Mittel brauchen werden. Gesagt werden muss auch, dass die Regierung im Gegensatz zu vorigen Regierungen Verantwortung gezeigt hat, weil sie bei der Budgetkonsolidierung ohne Einmaleffekte aus Privatisierungen und den Ausverkauf öffentlichen Eigentums auskommt.

Der letzte Punkt, die Frage nach den Auswirkungen auf den Sozialstaat, ist sicher der heikelste und der, wo der Teufel im Detail liegt. In dem Bereich haben wir daher als Gewerkschaften unsere Grenzen besonders deutlich abgesteckt. Ich erinnere: Im Raum standen etwa die Anhebung des Frauenpensionsalters, die Abschaffung des Verlustdeckels bei der Pension, die Streichung des Arbeitslosengeldes in der ersten Woche und die Begrenzung der Notstandshilfe auf vier Jahre und die Abschaffung der Blockvariante bei der Altersteilzeit. All diese Maßnahmen und noch mehr wurden nun NICHT umgesetzt.

Auch Spitzenverdiener und Immobilienspekulanten tragen einen Teil an der Konsolidierung. Dennoch: Die Zeit für die Einführung einer echten Vermögenssteuer für sehr große Vermögen ist mehr als reif. Von einem gerechteren Steuersystem, das Arbeit entlastet und Vermögen belastet, sind wir nach wie vor weit entfernt. Der nächste Schritt nach der Budgetkonsolidierung muss daher die längst fällige Steuerreform sein. ■





© Ingo Bartlusek, Fotolia.com

Her mit der **Berufsberechtigung!**

Rechtslücke benachteiligt AbsolventInnen von berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.

Seit mehreren Jahren fehlt eine klare Regelung, wie Schulbildung an einer berufsbildenden mittleren/höheren Schule im Arbeitsleben behandelt wird. Es gibt nur Soll-, aber keine Mussbestimmungen. Im schlechtesten Fall kann das bedeuten, dass ein HAK-Maturant eine Bürolehre sozusagen bei Null beginnt, oder dass eine Absolventin einer Tourismusfachschule bei einem Arbeitsplatz in der Reisebürobranche trotz einer abgeschlossenen Ausbildung als Lehrling neu durchstarten muss. Für dieses Beispiel beträgt der Unterschied für die Betroffene satte 13.137 Euro im ersten Jahr.

Auf diese Art und Weise werden schon Jahr für Jahr Tausende AbsolventInnen von berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) trotz abgeschlossener beruflicher Ausbildung in die für die Unternehmen wesentlich billigere Lehrausbildung gedrängt. Da jahrelange Verhandlungen mit der WKO nicht zum Ziel kamen, hat die GPA-djp nun gemeinsam mit der AK Wien und mit anderen Gewerkschaften eine Informations- und Mobilisierungskampagne gestartet.

Mehr zur Kampagne auf www.jugend.gpa-djp.at

Einschätzung des Konsolidierungspakets

Das Ziel des Sparpakets bestand darin, das Defizit schon 2012 unter 3 Prozent des BIP zu senken und 2016 einen Budgetüberschuss zu erzielen. Es handelt sich um ein überwiegend ausgaben-seitiges Paket. Die einnahmenseitigen Maßnahmen entsprechen größtenteils den gewerkschaftlichen Forderungen. Alle jene Forderungen der Gewerkschaften, die sich im Beschluss nicht wiederfinden, bleiben natürlich weiterhin aufrecht.

Eine ausführliche Analyse und Bewertung der Konsolidierungsmaßnahmen finden Sie auf www.gpa-djp.at

Gehaltsbremse erfolgreich gelockert

Die bessere Anrechnung von Karenzzeiten bleibt bei allen KV-Verhandlungen der GPA-djp auf der Agenda – das Schließen der Einkommensschere ist nach wie vor vorrangiges Ziel. „Wir sind mit vielen unserer aktuellen Kollektivvertragsabschlüsse einen wesentlichen Schritt vorangekommen“, zog die Frauenvorsitzende der GPA-djp, Ilse Fetik, anlässlich des Internationalen Frauentages Bilanz: „In den vergangenen Monaten sind zahlreiche Verbesserungen der Anrechnung von Karenzzeiten, vor allem auch in frauendominierten Branchen gelungen. Die Gehaltsbremse wurde erfolgreich gelockert“, erinnert Fetik an die Kollektivverträge für den Handel, für den Gesundheits- und Sozialbereich (BAGS) und die Caritas sowie an die Abschlüsse bei den Metallern oder beim Gewerbe.

In anderen großen Branchen, wie etwa bei den Energieversorgungsunternehmen oder in der Sozialversicherung, werden Karenzzeiten bereits seit dem Vorjahr oder noch länger angerechnet. Damit hat die GPA-djp bisher für rund 850.000 Beschäftigte eine Anrechnung der Karenzzeiten für Frauen durchgesetzt.



© www.schwupp.at



© Nürith Wagner-Strauss

„Alles spricht für mehr Besteuerung von Vermögen.“

Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik in der Arbeiterkammer, über das Sparpaket, Vermögenssteuern und Offensivmaßnahmen gegen die Krise in Europa.

Das Interview führten Barbara Lavaud und Martin Panholzer.

KOMPETENZ: Eine Hauptforderung der Gewerkschaften war, dass das Sparpaket nicht auf Kosten von Wachstum und Beschäftigung gehen dürfe. Wurde diese Forderung erfüllt?

Markus Marterbauer: Sparpakete dämpfen die Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung. Entscheidend ist allerdings die Art der Maßnahme. Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen, die die oberen Einkommensgruppen mit hoher Sparneigung treffen, haben geringere negative Effekte, als die Kürzung von sozialen Dienstleistungen oder Sozialausgaben, die an

die unteren Einkommensgruppen mit hoher Konsumneigung gehen.

Die Konsolidierung des Staatshaushalts war nach den tiefen Defizitspuren, die die von Banken und Finanzmärkten ausgelöste Krise hinterlassen hat, unumgänglich. Für Konjunktur und Beschäftigung ist wichtig, dass im wirtschaftlich als schwierig geltenden Jahr 2012 praktisch keine Nachfrage dämpfenden Maßnahmen wirksam werden. Ab 2013 werden geringe Pensionserhöhungen und Gehaltsrunden im öffentlichen Dienst die verfügbaren Einkommen dämpfen. Hingegen gehen von den Immo-

liensteuern, der steuerlichen Belastung der Spitzenverdiener und der Kürzung der privaten Pensionsförderung keine bremsenden Effekte aus.

KOMPETENZ: Kann das Sparpaket die finanziellen Erwartungen erfüllen? Stimmen die Schätzungen?

Markus Marterbauer: Die Ausgangslage im österreichischen Staatshaushalt ist viel besser als in den meisten anderen EU-Ländern. Deshalb ist das Sparpaket auch deutlich kleiner. Insgesamt scheint mir der eingeschlagene Kurs realistisch. Ungewiss ist natürlich, wie

viel uns die Banken noch kosten werden. Finanztransaktionssteuer und Verhinderung der Steuerflucht sind wichtige Maßnahmen, ihre Umsetzung hängt von internationalen Vereinbarungen ab. Sollten diese nicht erfolgreich sein, dann ist ein Ersatz durch ähnlich geartete Maßnahmen im Inland notwendig.

Entscheidend für die Frage, ob die Konsolidierung gelingt, ist allerdings der Verlauf der Konjunktur in der EU und Österreich: Wenn Produktion, Einkommen und Beschäftigung rasch wachsen, dann sprudeln die Steuereinnahmen und die Ausgaben für Arbeitslosigkeit sinken; bei schlechter Konjunktur kann die Budgetkonsolidierung hingegen nicht gelingen. Deshalb muss man sich in der Wirtschaftspolitik mindestens so stark um die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und ungleicher Verteilung kümmern wie ums Sparen, wenn man die Staatsverschuldung zurückführen will. Auf EU-Ebene wird dies leider nicht verstanden.

KOMPETENZ: Welche Sparmaßnahmen treffen die ArbeitnehmerInnen am stärksten? Was wäre zur Abfederung notwendig?

Markus Marterbauer: Geringe Pensionserhöhungen, Aufnahmestopp und schwache Gehaltsrunden im öffentlichen Dienst können unerwünschte soziale Folgen mit sich bringen. In der Umsetzung muss die Belastung der unteren und mittleren Einkommensgruppen möglichst klein gehalten werden. Parallel zum Sparpaket brauchen wir eine Beschäftigungsoffensive für Jugendliche, Frauen und Ältere und für den weiteren Ausbau sozialer Dienstleistungen von Kinderbetreuung bis Pflege. Das Prinzip der sozial- und beschäftigungspolitischen Offensive muss auch auf EU-Ebene eingemahnt werden, sonst droht die

Finanz- und Bankenkrise, die zur Staatsschuldenkrise wurde, zu einer schweren sozialen Krise zu werden.

KOMPETENZ: Wäre eine stärkere Besteuerung der großen Vermögen nicht zielführender gewesen?

Markus Marterbauer: Das Fehlen von Steuern auf Vermögensbestände und Erbschaften ist das schwerwiegende Manko des Sparpakets. Selbst verbunden mit hohen Freibeträgen bringen diese Steuern hohes Aufkommen mit sich, was nicht nur die Budgetkonsolidierung unterstützt, sondern auch den wünschenswerten sozialen Ausbau ermöglicht: Das Vermögen des obersten Zehntels der privaten Haushalte liegt bei mehr als 700 Milliarden Euro.

Dennoch soll man die Fortschritte in der Besteuerung von Vermögenseinkommen nicht kleinreden: Die Wertpapier-Kest bringt seit 2009 die gerechte Besteuerung von leistungslosen Einkommen aus Aktienverkauf, die Wertzuwachssteuer auf Immobilien und die Umwidmungsabgabe bei Grundstücken setzen diesen Weg fort. Die Lobby der Reichen ist gewiss sehr mächtig, deshalb werden wir nicht im ersten und zweiten Anlauf erfolgreich sein. Aber alle Fakten sprechen für eine merkliche Besteuerung von Vermögen, und deshalb bin ich, wenn wir einen langen Atem haben, auch optimistisch was die Umsetzung betrifft.

KOMPETENZ: Wie kommt Europa aus der Krise? Ist es sinnvoll, wenn alle Länder sparen, oder braucht es nun nicht doch auch Offensivmaßnahmen?

Markus Marterbauer: Die EU-Politik des Sparens hat sich in den Krisenländern als falsch herausgestellt: Ausgabenkürzungen verringern das

verfügbare Einkommen der Menschen, damit die Konsumausgaben, die Produktion und Beschäftigung und schließlich auch die Steuereinnahmen, womit die Budgetziele verfehlt werden. Wenn man darauf wie die EU mit weiteren Sparmaßnahmen reagiert, dann führt dies weiter in einen wirtschaftlichen und sozialen Teufelskreis mit explodierender Arbeitslosigkeit.

Viele konservative Kreise propagieren diese Politik, weil sie darin die Chance zum Abbau des ungeliebten Sozialstaates sehen. An ihre Spitze hat sich jüngst EZB-Präsident Mario Draghi, mit der Aussage, der Sozialstaat habe ausgedient, gestellt. Das geht aber völlig an den Fakten vorbei: Der Sozialstaat hat in der Finanzkrise stabilisierend gewirkt, er hat positive Wirkungen auf Produktivität und Nachfrage und die fortgeschrittenen Sozialstaaten in Skandinavien und Österreich stehen viel besser da als der Rest. Derartige Aussagen sind primär politisch motiviert und es ist bedauerlich, dass sie oft aus dem Finanzsektor kommen, der ja diese wirtschaftliche und soziale Krise verursacht hat.

Was wir jetzt in Europa brauchen, ist etwas anderes: Eine Offensive gegen Jugendarbeitslosigkeit und für Verbesserungen in Kinderbetreuung, Bildung und Pflege; eine Erneuerung der Infrastruktur und einen ökologischen Umbau. Das ist finanzierbar, da der Wohlstand hoch ist und die Besteuerung von Vermögen, Finanzsektor und Spitzeneinkommen viele Spielräume eröffnet. ■



Buchtipps

Markus Marterbauer:
Zahlen bitte! Die Kosten
der Krise tragen wir alle.
Deuticke 2011



Büroangestellte 1913

120 Jahre – und kein bisschen leise

Die Gewerkschaft der Privatangestellten war stets mehr als nur eine Kämpferin für gute Arbeitsbedingungen. Sie hatte immer auch das gesamtgesellschaftliche Wohl im Auge.

Von Alexia Weiss

Die Beschäftigung als Angestellte/r hat in der langen Menschheitsgeschichte eine recht kurze Tradition: Angestelltenberufe entstanden erst mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Und so begannen sich die Angestellten in der k.u.k.-Monarchie auch erst langsam zu organisieren, als es für FabrikarbeiterInnen schon ein paar Schutzgesetze und eine Sozialversicherung gab.

Verein der kaufmännischen Angestellten

VerkäuferInnen, Handelsgehilfen, kaufmännische Bürokräfte waren davon allerdings ausgeschlossen. 1892, also vor 120 Jahren, bildete sich daher die erste Angestellten-Gewerkschaft in genau diesem

Berufsfeld: der Verein der kaufmännischen Angestellten. Die Gründer waren Karl Pick, Julius Beermann und Friedrich Austerlitz. In der Folge organisierte Richard Seidel die Industrieangestellten, Josef Petersilka die Sozialversicherungsangestellten, Otto Maresch die Gutsangestellten, Hugo Breitner und Heinrich Allina die Bankangestellten.

Ein Meilenstein war 1907 das erste Pensionsgesetz für ArbeitnehmerInnen. Das „Gesetz über den Dienstvertrag der Handlungsgehilfen und anderer Dienstnehmer in ähnlicher Stellung“ brachte 1910 ein eigenes Dienstrecht für die kaufmännischen Angestellten. Hier wurde der Grundstein für Kündigungsschutz, Krankengeld und Urlaubsregelungen gelegt. 1909 wurde das Betriebs-

rätegesetz beschlossen. Mit dem Angestelltengesetz 1921 wurden die Entgeltfortzahlung, der Urlaubsanspruch, eine längere Kündigungsfrist und die Abfertigung verankert.

Gewerkschaftspolitische Avantgarde

Schon die Pioniere kämpften aber nicht nur für bessere Löhne, geregelte sowie kürzere Arbeitszeiten und soziale Absicherung, sondern auch für eine bessere Ausbildung. Damit positionierten sich die Vorgängergewerkschaften der GPA bereits früh auch als gewerkschaftspolitische Avantgarde. Heute hat die Gewerkschaft der Privatangestellten beispielsweise die Themen Integration und Pflege auf ihrer Agenda, auch wenn diese auf den ersten

Blick nicht viel mit den Rechten von Angestellten zu tun haben.

Was die GPA auch bis heute hochhält, ist der antifaschistische Grundkonsens. Das hat zum einen wohl damit zu tun, dass alle Richtungsgewerkschaften in der Ständestaat-Diktatur ab 1934 verboten und durch den staatlich eingerichteten „Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten“ ersetzt wurden. Mit dem „Anschluss“ an Hitler-Deutschland wurden die österreichischen Gewerkschaften schließlich gänzlich verboten. Zum anderen wurden viele leitende FunktionärInnen der Gewerkschaftsbewegung, entweder weil sie Widerstand leisteten oder weil sie Juden waren, vom NS-Regime verfolgt. Heinrich Allina etwa musste wie Alfred Broczyner von den Versicherungsangestellten vor dem NS-Terror fliehen. Der Industrieangestellte Friedrich Hillegeist und die Frauenpionierin Valerie Kittl überlebten die Verfolgung in Österreich.

Sozialsystem und Sozialgesetzgebung

Hillegeist gestaltete später das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz von 1955 entscheidend mit. Auch in den folgenden Jahren gingen aus der GPA regelmäßig Persönlichkeiten hervor, die dem heimischen Sozialsystem und der Sozialgesetzgebung ihre Handschrift verliehen. Alfred Dallinger etwa, der 1948 Jugendsekretär und viele Jahre später, 1974, Vorsitzender der GPA wurde. Dallinger, ab 1980 bis zu seinem frühen Tod bei einem Flugzeugabsturz 1989 Sozialminister, hat sich vor allem als Verfechter der Arbeitszeitverkürzung einen Namen gemacht.

Lore Hostasch stand von 1989 bis 1994 an der Spitze der GPA. Auch sie wurde später Sozialministerin (1997 bis 2000), zuvor aber noch Präsidentin der Arbeiterkammer (1994–1997).

Was sie in ihrer Regierungszeit vor allem auszeichnete, war ihre Konsenspolitik, die ganz im Zeichen der Tradition der österreichischen Sozialpartnerschaft stand. Auch Hans Sallmutter, GPA-Vorsitzender von 1994 bis 2005, saß viele Jahre an einer Schaltstelle des heimischen Sozialsystems: Von 1997 bis 2001 war er Präsident des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Antifaschistischer Grundkonsens

Heute steht mit Wolfgang Katzian erstmals ein Gewerkschafter der GPA vor, der 1956 und damit nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde. Den antifaschistischen Grundkonsens hochzuhalten, ist ihm allerdings ebenso ein Anliegen wie seinem Vorgänger Sallmutter, der etwa 2001 festgehalten hatte: „Meine Gewerkschaft, die GPA, hat eine ausgeprägte antifaschistische Tradition. Viele ihrer Gründungsväter und -mütter waren Opfer des faschistischen Terrors, der sich nur deshalb über ganz Europa ausbreiten konnte, weil nicht rechtzeitig und entschieden genug, auch von den Gewerkschaften, gehandelt wurde.“

Zusammenschluss mit der djp

Unter Katzian wurde gewerkschaftsintern eine wichtige Weichenstellung vorgenommen: 2006 fusionierten GPA und die Gewerkschaft Druck, Journalismus und Papier (djp). Durch diesen und andere Zusammenschlüsse von Teilgewerkschaften versucht der ÖGB, am Puls der Zeit zu bleiben und seine Mitglieder durch die bestmögliche Organisation optimal zu vertreten.

Eine Gruppe, welcher sich die GPA schon nach Kriegsende angenommen hat, sind die SchülerInnen und Studierenden. Geht es beispielsweise um das Thema Studiengebüh-



© Österreichische Nationalbibliothek

ren, ist die GPA-djp im Kampf dagegen stets an vorderster Front zu finden. Und auch beim Bildungs- und Schulsystem macht sich die GPA-djp vehement für Reformen stark.

Im neuen Jahrtausend kämpft die GPA-djp mit allen Kräften gegen den Sozialabbau. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage steht das Sparen an erster Stelle. Daher sind faire Lohnabschlüsse wichtiger denn je, damit der Konsum nicht einbricht. Zugleich mahnt die GPA-djp stets, dass mehr soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Gesellschaft mit geringeren Einkommensungleichheiten in jeder Hinsicht besser funktioniert und daher uns allen nützt. ■

Karl Pick in Prag.



© Sozialistischer Verlag



© Miodrag Gajic

Kids mit Köpfchen

In einer GPA-djp-Umfrage durften Österreichs SchülerInnen Noten verteilen und werteten höchst kritisch.

Von Christian Resei

Von wegen Desinteresse – Österreichs junge Menschen sind kritisch denkende Geister, die stark an sozial- und gesellschaftspolitischen Themen interessiert sind: Jüngst führte das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) im Auftrag der GPA-djp eine österreichweite Umfrage unter SchülerInnen von AHS, HAK, HTL und anderen berufsbildenden Schulen durch; befragt wurden Jugendliche ab 15 Jahren. An Berufswelt und Arbeitswelt sind 81 Prozent sehr interessiert oder interessiert, Bildung (78 Prozent) und Gleichberechtigung (73 Prozent) liegen auch ganz weit vorn, gefolgt von Umwelt (69 Prozent) und Antirassismus und Antifaschismus (65 Prozent).

Kein Interesse an Politik?

„Von Politikverdrossenheit der Jugend kann keine Rede sein. Politikverdrossenheit trifft die Sache wohl am besten“, ist sich Florian Hohenauer, Vorsitzender der GPA-djp-Jugend, gewiss. Für 90 Prozent der österreichischen SchülerInnen müssen politische Themen in

der Schule behandelt werden und knapp die Hälfte glaubt, dass der Politik in der Schule zu wenig Zeit und Raum gewidmet wird. Der fehlende Enthusiasmus bei Inlandspolitik kann jedenfalls nicht den SchülerInnen angelastet werden, kritisiert Hohenauer: „Das Desinteresse an österreichischer Innenpolitik hängt mit dem Glaubwürdigkeitsproblem in der Politik zusammen.“

Bildungssystem

In der Schule selber gefällt den SchülerInnen am besten das Verhältnis zu den MitschülerInnen, es wurde mit einem Notendurchschnitt von 1,6 bewertet. Die LehrerInnen bekamen 2,2. Auffällig: Die befragten Mädchen bewerteten ihre LehrerInnen schlechter als die Burschen. „Das liegt wahrscheinlich am veralteten Bildungssystem, das immer noch Rollenbilder, Klischees und Vorurteile bedient“, denkt Hohenauer. Respektvoller Umgang ist der Schlüssel zur Zufriedenheit der SchülerInnen. Mit der Note 2,3 schnitten auch die Lehrpläne eher schlecht ab. Häufig

werden Frontalunterricht, Stundenaufteilung und schlechte Organisation kritisiert. „Der Frontalunterricht ist zwar von vorgestern, aber leider immer noch Realität“, weiß Hohenauer.

Schulwahl

Je älter, desto kritischer: 57 Prozent der 15- bis 16-Jährigen lobten das Bildungssystem mit einem Einser oder Zweier, unter den älteren SchülerInnen zeigten nur noch 46 Prozent so viel Zustimmung. Die Wahl der Schule geht für die Mehrheit mit der Erreichbarkeit Hand in Hand: bei mehr als der Hälfte der AHS-SchülerInnen ist dies der Fall, für 34 Prozent hat auch der Freundeskreis eine Rolle gespielt. Bei der HTL steht überwiegend (75 Prozent) der Ausbildungsschwerpunkt im Mittelpunkt.

Viel Freizeit bleibt den SchülerInnen nicht, denn 61 Prozent der Burschen und 52 Prozent der Mädchen arbeiten in den Ferien oder auch neben der Schule. Bedenklich: Zwölf Prozent schufteten in einem nicht angemeldeten Arbeitsverhältnis. ■

Presserat: Erwartungen übertroffen

Der im Herbst 2010 neu ins Leben gerufene Österreichische Presserat hat eine erste Bilanz über seine Tätigkeit gezogen. Bis dato hat das Selbstkontrollgremium der heimischen Presse 125 Fälle abgehandelt. Zur schärfsten Maßnahme, nämlich der zwangsweisen Veröffentlichung einer Entscheidung des Presserates im betroffenen Medium, kam es bisher noch nie. Viel zielführender ist es aus Sicht des Presserates, Betroffene und JournalistInnen an einen Tisch zu bringen, um z. B. eine Entschuldigung zu erwirken.

Nach wie vor fehlen jedoch die großen Boulevardzeitungen in dem Selbstkontrollorgan: „Österreich“, „Heute“ und die „Kronen Zeitung“ wollen sich den Sprüchen explizit nicht unterwerfen.

„Der Presserat interpretiert und entwickelt den Ehrenkodex der österreichischen Presse weiter“, so sieht der Präsident des Presserates, Journalistengewerkschafter Franz C. Bauer, die wichtigste Aufgabe des Gremiums. Trägerverbände sind der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ), die Journalistengewerkschaft, der Österreichische Zeitschriften- und Fachmedienverband (ÖZV), der Verband der Regionalmedien Österreichs (VRM), der Verein der Chefredakteure sowie der Presseclub Concordia.



© AUGE/UG

Santa Precaria

Aktionstag der prekär Beschäftigten und der Working-Poor am 29. Februar.

Laut einer EU-Erhebung zu Einkommens- und Lebensbedingungen sind zwölf Prozent der in Österreich lebenden Menschen arm oder armutsgefährdet, das sind rund eine Million Personen. Von Armut überproportional betroffen sind Frauen, Arbeitslose, MigrantInnen und Menschen mit niedrigem Schulabschluss. Fast 250.000 Menschen sind sogenannte „Working-Poor“, die trotz Ausübung einer Erwerbsarbeit über kein ausreichendes Einkommen verfügen.

Der Santa Precaria, der „Schutzheligen“ der prekär Beschäftigten und der prekär lebenden Menschen, wurde daher am 29. Februar von GPA-djp, Arbeiterkammer, vida

und ÖGB gedacht. Ein gemeinsamer Santa-Precaria-Aktionstag mit einer Prozession und Straßentheater machte in Wien auf die Situation der prekär Beschäftigten aufmerksam.

Die GPA-djp hat sich in den letzten Jahren besonders für die Umwandlung von rechtswidrigen freien Dienstverträgen in ordentliche Angestelltenverhältnisse stark gemacht, etwa im Call-Center-Bereich oder im Journalismus. Auch die soziale Absicherung von atypisch Beschäftigten wurde auf Betreiben der Gewerkschaften nachhaltig verbessert.

Mehr Infos auf www.gpa-djp.at/interesse

Blog „Arbeit und Technik“

Der Blog „Arbeit und Technik“ der GPA-djp diskutiert Fragen zum Arbeitsalltag wie: Firmen-Laptop oder doch privates Tablet? Wie geheim ist meine Gesundheit im Betrieb? Eine Betriebsratswahl organisieren, welche Rechte, welche Pflichten?

Vor allem der Datenschutz und die Vermischung von Arbeitszeit und Freizeit beschäftigen die ExpertInnen der GPA-djp.

Mehr dazu auf <http://arbeitundtechnik.gpa-djp.at>



© Janina Dierks, Fotolia.com



© ddamato - Fotolia.com

Info

Mehr zur Reform der Pensionskassen finden Sie auf der GPA-djp Homepage www.gpa-djp.at im Bereich „Wirtschaft und Soziales“.

Reform der privaten Pensionskassen

PensionistInnen, die auf eine Zusatzpension vertraut haben, sind bitter enttäuscht: 2011 mussten die Pensionen neuerlich um bis zu zehn Prozent gekürzt werden. Eine Reform der privaten Pensionskassen ist längst fällig.

Von Andrea Rogy

In den 90er-Jahren wurden Veranlagungen in private Pensionskassen als verlässliche zweite Säule der Altersvorsorge bejubelt und durch steuerliche Anreize gefördert. Viele Arbeitgeber nutzten diese Zeit dazu, um ihre betrieblichen Pensionszusagen in Pensionskassen auszulagern.

In die betriebliche Pensionsvorsorge ist man nicht durch eine individuelle Entscheidung eingebunden, sondern dann, wenn Betriebsrat und Arbeitgeber dies wollen und darüber eine Betriebsvereinbarung abschließen. Dann zahlen die Unternehmen

für alle oder für ausgewählte ArbeitnehmerInnen Beiträge als freiwillige Sozialleistung in die Pensionskassa ein. Zusätzlich können die ArbeitnehmerInnen selbst eigene Beiträge leisten, die ihren persönlichen Anspruch auf eine Zusatzpension erhöhen.

Schlechte Ergebnisse

Die Versprechungen und Erwartungen in diese zweite Säule haben sich jedoch bei weitem nicht erfüllt. Heuer gibt es laut Angaben des Pensionskassen-Fachverbandes von Mitte Jänner für rund 50.000 der

insgesamt rund 73.000 BezieherInnen einer Firmenpension neuerliche Kürzungen der Zusatzpension von durchschnittlich fünf Prozent.

Die detaillierten Veranlagungsergebnisse der Branche sind infolge der Finanzkrise erschreckend: die überbetrieblichen Pensionskassen schlossen 2011 mit durchschnittlich 3,3 Prozent schon wieder negativ ab, allen Kassen zusammen brachte die schlechte Börse-Entwicklung ein Minus von 2,96 Prozent. Die Grundregel für 2011 lautete: je höher der Aktienanteil des veranlagten Geldes, desto schlechter die Ergebnisse.

Mehr Kontrolle

Der auf Drängen und unter Mitarbeit der ArbeitnehmerInnen-Organisationen erarbeitete Gesetzesentwurf zu einer Reform der privaten Pensionskassen soll Verbesserungen auf drei Ebenen bringen:

Erstens soll es mehr Wahlmöglichkeiten geben. Die Anwartschaftsberechtigten können sich zwischen mehreren Veranlagungsformen entscheiden und damit das Veranlagungsrisiko für sich selbst aktiver gestalten. Der Wechsel zwischen den Pensionskassen oder auch hin zu einer betrieblichen Kollektivversicherung soll wesentlich einfacher werden. Das bislang erworbene Kapital wandert mit.

Zweitens soll es eine Verpflichtung zu stärkerer Transparenz geben. Die gewinnorientiert arbeitenden Pensionskassen werden dazu verpflichtet, die Kosten der Vermögensverwaltung, die Kosten in den Veranlagungsprodukten sowie ihre Veranlagungsergebnisse detaillierter offenzulegen als bisher. Die Gründe für eine Veränderung der Pensionshöhe sind den Pensionsberechtigten künftig auf Wunsch im Detail zu erläutern.

Drittens werden alle privaten Pensionskassen künftig verpflichtet sein, eine besondere, auf Sicherheit ausgerichtete Veranlagungs- und Risikogemeinschaft (Sicherheits-VRG) einzurichten, in der für Leistungsberichtigte die Anfangspension garantiert wird. Die Höhe der garantierten Pension wird allerdings nur alle fünf Jahre valorisiert, der Zinssatz dafür liegt mit 1,02 Prozent derzeit deutlich unter der Inflation.

Adolf Lehner, stv. Vorsitzender des Zentralbetriebsrates bei der Bank Austria, ist Initiator des GPA-djp-

Netzwerkes von gewerkschaftlich organisierten AnwartschaftsvertreterInnen in den Aufsichtsräten von Pensionskassen. Er beurteilt die kommende Reform zwar als einen Schritt in die richtige Richtung, drängt aber auf weitere grundlegende Änderungen zur langfristigen Sanierung und Absicherung.

Weitere Reformen gefordert

„Das Veranlagungsrisiko tragen fast immer nur die PensionistInnen und ArbeitnehmerInnen“, benennt Lehner die große Schwäche im derzeitigen Gesetz. Der Experte fordert daher eine echte Kapital- und Wertgaran-

„Das Veranlagungsrisiko tragen fast immer nur die PensionistInnen und ArbeitnehmerInnen.“

tie der einbezahlten Beiträge und der Pensionen. Diese könnte durch eine jährliche Aufwertung, geregelt wie bei der staatlichen Pensionsversicherung im ASVG, sichergestellt werden. Eine solche Garantie käme einer indirekten Beteiligung und Verantwortung der Pensionskassen gleich. Dabei würde bei Abschluss des Pensionskassenvertrages nicht nur der Wert der einbezahlten Arbeitgeberbeiträge garantiert, sondern auch eine gewisse Verzinsung und die Höhe der ausbezahlten Pension zum Stichtag. In einem derartigen Modell wären neben den Pensionskassen auch die Arbeitgeber und der Staat als Garantiegeber mit ins Boot zu holen.

Investitionen in Österreich

Die GPA-djp fordert darüber hinaus, dass Pensionskassen künftig unkompliziert in Projekte investieren dürfen, die den österreichischen Wirtschaftskreislauf stärken, z. B. in Infrastruktur- oder Wohnbaupro-

jekte. Solche Investitionen könnten durch entsprechende Garantieverfahren pensionskassentauglich gemacht werden. „So könnte man am Standort Österreich Arbeit und Wohlstand schaffen, anstatt die Gelder für die künftigen Pensionen der Menschen immer weiter in internationalen Aktienmärkten verschwinden zu lassen“, erklärt Lehner. Eine weitere Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte schwebt dem Experten in Form von selbstverwalteten Pensionskassen vor.

Für David Mum, den Leiter der Grundlagenabteilung der GPA-djp, bringt die Reform des Pensionskassenwesens einige Verbesserungen, ist aber nicht der große Wurf, der die Schwächen des Systems überwindet. Die GPA-djp tritt dafür ein, die Novelle zu beschließen und danach weiter an einer Verbesserung des Systems zu arbeiten. Klar ist für Mum aber, dass die umlagefinanzierte öffentliche Pension die verlässlichere Pensionsvorsorge ist: „Eine Reform des Pensionskassengesetzes kann die Probleme eines Systems, in dem die Pensionen von den Finanzmärkten abhängig sind, nicht aus der Welt schaffen.“

Adolf Lehner, Initiator des GPA-djp-Netzwerkes von Aufsichtsräten in Pensionskassen, drängt auf weitere grundlegende Änderungen im Gesetz.



© Nürth Wagner-Strauss



© lassedesignen, Fotolia.com

3 Euro Stundenlohn

Der ORF ist ein Lehrbeispiel dafür, wie durch Einsparungspolitik sozial prekäre Verhältnisse geschaffen werden.

Von Heike Hausensteiner

Mirjam, Vera, Armin oder Dominic heißen die wenigsten von ihnen. Die meisten JournalistInnen bzw. ModeratorInnen, die für das größte Medienunternehmen Österreichs arbeiten, kennen Herr und Frau Österreicher gar nicht namentlich. Mehr noch: Ein Gutteil arbeitet auf freiberuflicher Basis für den ORF. Die wenigsten zählen zu den „Stars“ oder erhalten Sonderverträge und fürstliche Honorare.

Journalistische Freiheit

Prinzipiell genießen die FreiberuflerInnen in Österreichs Medienbranche ihre journalistische Freiheit; viele streben eine Anstellung mit Sonderzahlungen oder Recht auf Krankenstand und Pflegeurlaub gar nicht an. Aber die meisten Free-

lancerInnen wollen endlich ordentlich entlohnt werden. „Diese zwei Gruppen muss man unterscheiden“, unterstreicht Ronny Rauch, in der GPA-djp als Regionalsekretär zuständig für ORF & Töchter. Bei den Privatradios und -fernsehen gebe es die gleichen Probleme, sagt er. Und betont, dass nicht nur die freien MitarbeiterInnen betroffen sind, sondern vor allem auch jene, die sich von Werkvertrag zu Werkvertrag und Projekt zu Projekt über Wasser halten. „Die stehen wirklich im Regen.“ Hier ist die GPA-djp auch laufend aktiv und kämpft – meist erfolgreich – dafür, dass Freie angestellt werden. So konnte z. B. vergangenen Herbst durchgesetzt werden, dass zwei MitarbeiterInnen im ORF fest angestellt wurden, auch bei den Privatmedien wurde schon viel erreicht.

Honorare zu niedrig

Selbst in einem Aushängeschild für den öffentlich-rechtlichen Sender wie Ö1 bringen renommierte Sendungen und Features wie die „Hörbilder“, die aufgrund ihrer hohen Qualität auch international gesendet werden und Preise einheimen, den HonorarempfängerInnen hochgerechnet mitunter läppische drei Euro an Stundenlohn. „Diese Beiträge erfordern oft lange Reisen, für eine Sozialreportage muss man Menschen länger begleiten, bis dann Ton und Geräusche fürs Radio passen, das ist sehr aufwendig.“ So schildert Sonja Bettel die Situation, wie sie viele ihrer ORF-KollegInnen als schlecht bezahlte FreelancerInnen über Jahre erleben und dennoch hochwertige Arbeit leisten. Die Wissenschaftsjournalistin ver-

netzt und koordiniert die freien MitarbeiterInnen im ORF in Sachen Besser- oder Anstellung.

Das Schwierige dabei: Die KollegInnen sind räumlich verstreut und „teilweise so überlastet, dass die Leute gar nicht dazu kommen, sich zu wehren“. Zudem hat die öffentliche Hand im ORF-Gesetz 2010 der Anstalt ein betriebswirtschaftliches Ziel vorgeschrieben: die Senkung der Personalkosten. Damit hat man, so Sonja Bettel, den Boden bereitet für das „Totschlagargument ‚wir müssen sparen‘“.

Existenzminimum

Beim ORF sind, auf Vollzeitstellen umgerechnet, rund 4.280 Personen beschäftigt, wie aus dem jüngsten Geschäftsbericht hervorgeht. Zurzeit werden ca. 280 „ständige HonorarempfängerInnen“ offiziell im ORF ausgewiesen. Dazu kommen 200 „ständige Leiharbeitskräfte“, die vor allem in den Bereichen Technik und Administration tätig sind. Die (nicht angestellten) HonorarempfängerInnen sind vorwiegend journalistisch bzw. programmgestaltend tätig. „Eines der Probleme ist“, meint auch der Vorsitzende des Zentralbetriebsrates (ZBR), Gerhard Moser, „dass es sich hier um eine höchst amorphe Menge handelt“; den Stars stehen die FreelancerInnen am Existenzminimum gegenüber. Zweites Problem: Die Dunkelziffer ist weit höher.

Zwar wurden 2004 rund 1.250 „ständige freie MitarbeiterInnen“ angestellt. „Einer davon war übrigens ich, davor habe ich 15 Jahre lang als freier Mitarbeiter bei Ö1 gearbeitet“, so der Zentralbetriebsratsvorsitzende. „Diese Anstellungen erfolgten nicht als Gnadenakt des Unternehmens, sondern des-

halb, weil sich schon Jahre davor der Kreis der Betroffenen organisiert hat, betriebsrätlich und gewerkschaftlich.“ Außerdem sei durch das Gemeinschaftsgesetz der EU klar geworden, „dass es sich hier um illegale Beschäftigungsverhältnisse, um ‚verdeckte‘ Angestellte gehandelt hat“. Nach 2004, erinnert sich Gerhard Moser, „sind wir davon ausgegangen, dass das Problem gelöst sein müsste. Stattdessen hat sich durch einen jahrelangen verschärften ORF-Sparkurs, kumulierend im neuen ORF-Gesetz, das fortwährenden Personalabbau, Reduktion des Personalaufwandes und der Pro-Kopf-Kosten vorschreibt, ein neues Prekariat herangebildet.“

ORF senkt Personalaufwand

In den vergangenen drei Jahren wurde jeder siebente Angestellte „abgebaut“. Was Generaldirektor Alexander Wrabetz freilich als Erfolg wertet: Im jüngsten (online verfügbaren) Geschäftsbericht heißt es, wirtschaftlich habe man das Ziel, 2010 positiv zu bilanzie-

Durch einen verschärften Sparkurs und Personalabbau hat sich im ORF ein neues Prekariat herangebildet.

ren, mit einem Jahresergebnis des Konzerns von 23,4 Millionen Euro (vor Steuern, Anm.) „deutlich übertroffen – und das aus eigener Kraft. Durch die gemeinsame Anstrengung der Geschäftsführung wie auch der Belegschaft konnten die Kosten nachhaltig reduziert werden. Der Personalaufwand konnte weiter gesenkt, der Personalstand seit 2007 sogar um 13,7 Prozent reduziert werden“, freut sich Wrabetz.

Dem kürzlich wieder gewählten Betriebsratschef ist anderes wichtiger. Die ORF-Programmeleistung

sei gleich geblieben bzw. gestiegen. Im Angesicht des herangezüchteten Prekariats in einem relativ reichen Land wie Österreich betont er, man werde „diese juristisch abenteuerlichen Konstruktionen“ am Rande der arbeitsrechtlichen Legalität, indem gesetzliche und kollektivvertragliche Bestimmungen immer wieder umgangen und verletzt werden, nicht hinnehmen. „Jene KollegInnen, die fortlaufend in die Programmgestaltung und in die Produktionsprozesse eingebunden sind („ständige Freie“) und die mehr schlecht als recht davon leben können, sind anzustellen. Der ORF wäre gut beraten, das zu tun, weil es ansonsten zu juristischen Auseinandersetzungen kommen könnte“, warnt Moser.

Generaldirektor Wrabetz sieht jedoch keinen finanziellen Spielraum. Fritz Wendl, Vorsitzender des ORF-Redakteursrates, hat dafür kein Verständnis. Das ORF-Gesetz müsse u. a. aufgrund der gegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen geändert werden. „Zum wenigen, was der Stiftungsrat (Art „Aufsichtsrat“, Anm.) intensiv betreibt, gehört das Verlangen von Einsparungen. Dass diese längst ein programmschädigendes Ausmaß angenommen haben, schert ihn hingegen kaum.“

Dass bis spätestens Sommer zumindest die ordentliche Entlohnung der „Freien“ geregelt sein wird, dürfte ein frommer Wunsch von Radiodirektor Karl Amon bleiben. ■

Beratungsangebot für freie JournalistInnen

Betroffene können sich an die GPA-djp-Regionalgeschäftsstellen unter **05 03 01-301** wenden.

AUFATMEN. DURCHATMEN.

ALLERGIEN VERMEIDEN.

Lungenbläschen

**GESUND
DURCH
VORSORGE**

Auch im Jahr 2012 im Fokus: „Gesund durch Vorsorge!“

Allergische Erkrankungen sind weltweit auf dem Vormarsch. In Europa leiden rund 80 Millionen Menschen an Allergien – alleine in Österreich leidet jeder Vierte darunter! Als Ärztekammer für Wien fühlen wir uns dem Gedanken der umfassenden Gesundheitsvorsorge verpflichtet.

Wir wollen informieren und ein Bewusstsein dafür schaffen, welche Schritte gesetzt werden können, um rechtzeitig vor Allergien zu schützen. Drucksorten, wie der Info-Folder „Allergien vermeiden“, sind für ganz Österreich in der Pressestelle der Wiener Ärztekammer kostenlos zu bestellen.

Tel.: (01) 51501-1223 DW, E-Mail: pressestelle@aekwien.at, Fax: (01) 5126023-1223 DW.

Seien Sie dabei – helfen Sie mit, Vorsorge zu stärken!



ÄRZTEKAMMER
FÜR WIEN

www.aekwien.at



© Gina Sanders, Fotolia.com

46 Mio. Euro durch Rechtsschutz erkämpft

Arbeitszeit und Einstufungen als Hauptproblemfelder.

Im Rahmen ihrer Rechtsschutzfähigkeit erkämpfte die GPA-djp im Vorjahr in fast 800 Fällen 46 Mio. Euro für ihre Mitglieder – diese Bilanz beweist einmal mehr, wie wichtig die Mitgliedschaft im Falle eines arbeitsrechtlichen Konflikts ist. Der aktive Rechtsschutz der GPA-djp beinhaltet Interventionen im Betrieb, den Abschluss von Sozialplänen, Vertretung vor dem Arbeits- und Sozialgericht sowie die Unterstützung in Exekutions- und Insolvenzverfahren.

Zurückgegangen ist der Betrag im Bereich von Sozialplänen und Insolvenzverfahren. „Diese erfreuliche Entwicklung zeigt, dass es den

Unternehmen wirtschaftlich offenbar wieder deutlich besser geht und weniger Sozialpläne und Insolvenzverfahren abgewickelt werden müssen“, betont der stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, Günther Trausnitz. Zugenommen hat jedoch die Summe bei arbeitsrechtlichen Interventionen. Insbesondere bei der korrekten Abgeltung von Arbeitszeit, zum Beispiel Überstunden, und bei kollektivvertraglichen Einstufungen häufen sich die Probleme in der laufenden Rechtsberatung.

Mehr Infos zur Rechtsberatung der GPA-djp finden Sie auf www.gpa-djp.at/recht

Robert-Hochner- und Kurt-Vorhofer-Preis 2012

Die Journalistengewerkschaft GPA-djp vergibt in Kooperation mit der Kleinen Zeitung und dem Verbund auch im Jahr 2012 wieder den Kurt-Vorhofer-Preis für Printmedien und den Robert-Hochner-Preis für elektronische Medien. Beide Preise werden für herausragende publizistische Leistungen im Bereich der politischen Berichterstattung vergeben.

Das Preisgeld beträgt jeweils 7.500 Euro, Einsendeschluss ist der 27. April 2012. Details zu den Einreichkriterien und Vergaberichtlinien finden Sie auf www.gpa-djp.at/journalistengewerkschaft

Holen Sie sich Ihr Geld zurück!

Dass es auf jeden Euro ankommt – wer wüsste das nicht besser als die ArbeitnehmerInnen. Deshalb bietet die AK mit dieser Broschüre Tipps und Ratschläge für Ihre Arbeitnehmerveranlagung an. Damit mehr übrig bleibt, helfen Ihnen die Tipps und Ratschläge zu Ihrer ArbeitnehmerInnenveranlagung.

ArbeitnehmerInnen lassen Jahr für Jahr viel Geld am Finanzamt liegen, weil sie ihre steuerlichen Möglichkeiten nicht ausnützen. Gerade in der Krise kommt es aber auf jeden Cent an. Wenn den Menschen mehr vom Geld übrig bleibt, können sie auch mehr ausgeben. Das hilft der Wirtschaft und schafft Arbeitsplätze.



Die Kosten für die Krise dürfen nicht die ArbeitnehmerInnen tragen. Deshalb muss eine grundlegende Reform mehr Gerechtigkeit ins Steuersystem bringen: Arbeit ist viel zu hoch besteuert, Kapital zu gering. Gerade jetzt ist es wichtig, ein gerechtes Steuersystem zu schaffen, bei dem alle einen fairen Beitrag leisten. Nur wenn die Kaufkraft nachhaltig gestärkt wird, wird auch die Wirtschaft angekurbelt.

Die Broschüre downloaden: www.arbeiterkammer.at



So wird das Projekt „Karree Breitensee“ von der Hütteldorfer Straße gesehen einmal aussehen.

Spatenstich für Hütteldorf

Die WBV-GPA entwickelt gemeinsam mit dem ÖSW auf dem ehemaligen Areal der Straßenbahnremise Breitensee ein spannendes Projekt für Penzing.

Von Michael Gehbauer

Die WBV-GPA errichtet im 14. Wiener Gemeindebezirk in der Hütteldorfer Straße 112/87 geförderte Mietwohnungen mit Eigentumsoption sowie Räumlichkeiten für eine Bezirksaußenstelle der WGKK für den 14. Bezirk, die Volkshochschule für den 14. Bezirk, einen Kindergarten, eine Arztpraxis und eine Bankfiliale. Ihr Projektpartner, die ÖSW Karrée Breitensee GmbH, erbaut am selben Standort 65 geförderte und 32 freifinanzierte Eigentumswohnungen sowie einen Supermarkt.

Prominente Festgäste

Die WBV-GPA und ihr Projektpartner, das ÖSW, freuten sich, gemein-

sam mit Staatssekretär Mag. Andreas Schieder, Abg. z. NR Mag. Wolfgang Gerstl und Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner am 23. Dezember 2011 den Spatenstich der Wohnhausanlage „Karree Breitensee“ auf der Liegenschaft vorzunehmen. Für die mehr als 2.000 vorgemerkten WohnungswerberInnen sowie für die beiden Wohnbaugesellschaften WBV-GPA und ÖSW war der Spatenstich ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk.

Kompetenz im Wohnbau

Im August 2007 haben die beiden Bauträger die ehemalige Remise Breitensee im Zuge eines Bestbieterverfahrens von den Wiener

Linien erworben. Neben dem gebotenen Preis war auch die langjährige Erfahrung der beiden Bauträgergesellschaften im Wiener Wohnbau eine wichtige Voraussetzung für die Zuschlagserteilung. Der jahrzehntelange Erfolg der WBV-GPA und des ÖSW stellt eine wichtige Basis für die erforderliche Standortentwicklung der ehemaligen Remise dar. Darüber hinaus verpflichteten sich die Gesellschaften auch, das von der Stadtplanung gewünschte vielfältige Nutzungskonzept umzusetzen.

Alles aus einer Hand

Beide Gesellschaften stehen mit großem Engagement hinter die-

sem Projekt und zeichnen für die Entwicklung, die Errichtung, die Verwertung sowie den weiteren Betrieb verantwortlich. Der Standort der ehemaligen Straßenbahnremise ist durch seinen direkten Anschluss an U-Bahn, Straßenbahn und Schnellbahn als hochwertig zu bezeichnen.

Vorzeigeprojekt für Penzing

Im November 2007 wurde schließlich von den beiden Bauträgern in Abstimmung mit der Bezirksvorstehung, der Stadtplanung sowie der Architektenkammer ein Architektenwettbewerb durchgeführt. Neben den städtebaulichen und architektonischen Qualitäten war bei dem Wettbewerb wesentlich, die Interessen der AnrainerInnen zu berücksichtigen. Anrainervertreter sowie Vertreter der Gewerbetreibenden waren auch in der Jury unter dem Vorsitz von Architekt Ernst Hoffmann vertreten.

Das Projekt ist damit zu einem Vorzeigeprojekt für andere Projekte in der Stadt geworden. Zum Wettbewerb wurden fünf namhafte Architektenteams eingeladen, die ihre Beiträge bis Februar 2008 abzugeben hatten. Die Sitzung der Jury sowie die Bekanntgabe des Siegerprojektes erfolgte am 18. Februar 2008. Die Juryentscheidung erfolgte einstimmig. Das Projekt der Architektengruppe Neumann und Partner/

group of young architects (g.o.y.a.) wurde zur Realisierung empfohlen. Das Projekt besticht durch seine optimale städtebauliche Einbindung in die Umgebung. Es wird durch sein vielfältiges Angebot an geförderten Miet- und Eigentumswohnungen sowie freifinanzierten Eigentumswohnungen, Büros, Gewerbeflächen und öffentlichen Nutzungen zu einer Aufwertung des gesamten Grätzels führen.

Sorgfältig geprüft

Das Siegerprojekt der Architektengruppe Neumann und Partner/group of young architects (g.o.y.a.) wurde als Basis für die Flächenwidmung herangezogen. Diese wurde am 18.12.2009 vom Gemeinderat beschlossen, und im Sommer 2010 erfolgte die Einreichung zur Baubewilligung. Nach Anrainereinsprüchen dauerte es, nach sorgfältiger Prüfung seitens der Behörde, bis zum Sommer 2011 bis die Baubewilligung erteilt wurde. Nach Bestätigung der Baubewilligung durch die Bauoberbehörde im November 2011 konnte nun, mehr als vier Jahre nach dem Erwerb der Liegenschaft, endlich mit der Errichtung begonnen werden.

Interessen wurden gewahrt

Mit diesem Projekt ist es gelungen, den gordischen Knoten zwischen den Anrainerinteressen und der

erforderlichen Ausnutzbarkeit zu durchschlagen, indem ein Projekt ausgewählt wurde, das eine moderate Höhenentwicklung zu den benachbarten Gebäuden aufweist und dennoch durch seinen kompakten Zuschnitt die erforderlichen Nutzflächen erreicht. ■

FREIE WOHNUNGEN

Bestehende Objekte:

- 2640 Gloggnitz, 1-Zimmer-Wohnungen mit ca. 35 m² frei
- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10–18 Burgogasse 12–16, 2 bis 5-Zimmer-Wohnungen
- 8605 Kapfenberg, 1-Zimmerwohnungen ca. 33 m²

Neubauprojekt:

- 1100 Wien, Pernerstorfergasse 83, Passivhaus, noch 1 Dachgeschoßwohnung verfügbar

Geschäftslokale/Büro:

- 1220 Wien, Süßenbrunnerstraße 60, Geschäft ca. 167 m²
- 8605 Kapfenberg, Wienerstraße 56–58, Geschäft ca. 130 m²

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte WBV-GPA-Wohnungsservice – Gassenlokal

1010 Wien
Werdertorgasse 9
Tel.: (01) 533 34 14

Internet: www.wbv-gpa.at
E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at



Foto: Claudio Farkasch

„Gemeinsam für Hütteldorf“ wurden die Spaten von den Festgästen gestochen.



© Hans Wiesenhofer

Wohlfühlen

Ob bei einem Tag in der Therme oder bei einem Kurzurlaub zwischendurch, entspannen Sie zum Vorteilspreis mit Ihrer GPA-djp-CARD.

© Aqua Dome



AQUA DOME

Gönnen Sie sich eine aktive Auszeit – zu jeder Jahreszeit. Auf mehr als 50.000 Quadratmetern vereint das Top-Thermenresort den größten Wellness- und Spabereich Tirols sowie ein elegantes 4-Sterne-Superior-Hotel.

Mit der GPA-djp-CARD:

- –10 % auf Hotelübernachtungen, bitte bereits bei der Buchung auf Mitgliedschaft hinweisen
- –10 % auf Thermentageseintritte (ausg. Sauna, Fitness, VRP und Sonderaktionen)

AQUA DOME ****S – Tirol
Therme Längenfeld
Oberlängenfeld 140,
6444 Längenfeld
Tel.: 05253-64 00
office@aqua-dome.at
www.aqua-dome.at

© Therme Wien



Therme Wien

Die Besucher der modernsten Stadtherme Europas erwartet ein hochwertiges Wellness-Angebot mit rund 4.000 Quadratmetern Wasserfläche.

Genießen Sie Erholung pur zum ÖGB-Spartarif:

- Tageskarte nur € 20,00 statt € 22,20 für einen Erwachsenen (mit Kästchen)
- 3-Stunden-Karte zu € 13,50 statt € 15,00 für einen Erwachsenen (mit Kästchen)

Die ermäßigten Karten sind ausschließlich in der ÖGB-Kartenstelle, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, erhältlich.

Tel.: 01/534 44-396 77
Therme Wien
Kurbadstraße 14
1100 Wien
www.thermewien.at

© Therme Laa



Therme Laa

BesucherInnen der Therme Laa erwartet ein ganz außergewöhnliches Freizeiterlebnis. Die Wasserwelt der Therme Laa ist auf ihre Art einzigartig. Das Areal ist besonders weitläufig. Es erstreckt sich auf insgesamt 7.800 Quadratmetern.

„Spezialpaket ÖGB“ zum Preis von € 24,50 (statt 33,30)

- Tageskarte
- Sauna
- Fitnesseinheit nach Wunsch aus dem Tagesprogramm

Spezialpaket für alle ÖGB-Mitglieder bei Vorweisen der Mitgliedskarte direkt an der Kassa der Therme Laa erhältlich.

Therme Laa
Thermenplatz 1
2136 Laa a. d. Thaya
www.therme-laa.at

© Holiday Beach Budapest



HOLIDAY BEACH BUDAPEST****

In einem der schönsten Bezirke von Budapest, unmittelbar an der Donau am Römer-Ufer, erwartet das mehrfach ausgezeichnete Hotel seine Gäste.

Package für GPA-djp-Mitglieder

- 2 Übernachtungen im DZ mit Frühstück
- 3-gängiges Abendessen am ersten Abend
- Fitnessbereich und Sauna
- 20-min. Massage
- Stadtrundfahrt mit dem Bus

Nur € 99,- pro Person
EZ-Aufschlag: € 40,-
Gültig bis 30. April 2012

HOLIDAY BEACH BUDAPEST****
1039 Budapest, Piroska utca 3-5
Tel.: +36 (1) 436 71 60
frontdesk@holidaybeach.hu
www.holidaybeach.hu

© Lebensquell Bad Zell



Lebensquell Bad Zell

Auszeit im Lebensquell

- 3 Tage/2 Nächte im DZ inkl. Frühstücksbuffet
- Nachmittagsmehlspeisen
- 5-Gang-Genuss-Dinner
- Sauna- und Wasseroase
- 10 % Rabatt auf gebuchte Kosmetikbehandlungen

Gültig bis 20. Dezember 2012
ab € 189,- p.P. im DZ
EZ-Zuschlag € 20,- pro Tag

Bitte unter „Auszeit GPA-DJP“ reservieren und vor Ort die GPA-djp-CARD vorweisen.

Hotel Lebensquell Bad Zell
Lebensquellplatz 1
4283 Bad Zell
Tel.: 07263/75 15-501
office.hotel@lebensquell-badzell.at
www.lebensquell-badzell.at

© Hotel-Schloss Gabelhofen



Hotel Schloss Gabelhofen

Gönnen auch Sie sich einmal etwas Besonderes.

Package „Glücksmomente“

- 2 Nächte in einem Deluxe-Doppelzimmer inkl. reichhaltigem Sekt-Frühstücksbuffet
- ein 4-gängiges Candle-Light-Dinner
- 1 Ganztages-Eintritt in den Relax-Bereich der Therme Aqualux
- ein Begrüßungs-Prosecco

Für GPA-djp Mitglieder:
€ 184,- p. P.
Gültig bis 23.12.2012
Buchbar von Mo. bis So.

Hotel Schloss Gabelhofen
Schlossgasse 54, 8753 Fohnsdorf
Tel.: 03573/55 55-0
hotel-schloss@gabelhofen.at
www.gabelhofen.at

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at



© Volker Z., Fotolia.com



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel

Einsendeschluss: 2.4.2012. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Raphael Stoetzel



27. März bis 22. April 2012

GREASE – Das Musical

Verschiedene Spielstätten

Erleben Sie den knallbunten Musical-Spaß mit einer der schönsten Lovestories der Welt. Für die Vorstellungen in Salzburg, Innsbruck, Linz und Bregenz erhalten Sie mit der CARD in allen oeticket-Vorverkaufsstellen zwei Karten zum Preis von einer. Termine unter: www.showfactory.at

© Künstlertagentur König



10. bis 15. April 2012

HANSI HINTERSEER

Österreich-Tour

Das Programm bietet mit den beliebtesten Liedern und mitreißenden Stimmungshits ein Feuerwerk der guten Laune.

10 % CARD-Ermäßigung für Linz, Graz, Wien, Salzburg, Dornbirn und Innsbruck unter dem Stichwort „Gewerkschaft“ bei oe-ticket: Tel.: 01/960 96

© Bettina Frenzel



11.– 28. April 2012

ARGE Mordslust – ein musikalischer Thriller

KosmosTheater

Hintergründige Dorfgeschichten samt neuem Gemeindezentrum erfordern schauriges Timing und kriminalistischen Spürsinn in diesem Trash-Krimi mit Musik.

Infos und Karten: Tel.: 01/523 12 26 www.kosmostheater.at

© Helga



19. April bis 23. Mai 2012

wean hean – das Wienerliedfestival

Verschiedene Spielstätten

Das Festival steht heuer unter dem Leitthema: Das Wienerlied-schaffen jüdischer Komponisten und Textdichter, von Hermann Leopoldi bis Gerhard Bronner.

Infos: www.weanhean.at
10 % CARD-Ermäßigung ausg. RadioKulturhaus u. Konzerthaus

© Photofest



Bis 1. Mai 2012

„BIGGER THAN LIFE. 100 Jahre Hollywood. Eine jüdische Erfahrung“

Jüdisches Museum Wien

Die erste große Wechelausstellung nach der Wiedereröffnung des Jüdischen Museums begibt sich auf Spurensuche in eine der spannendsten globalen Kulturgeschichten des 20. Jahrhunderts. www.jmw.at
Ermäßigter Eintritt mit der CARD

© DE Event



3. Mai 2012

STUBNBLUES „Ois offn“

Spielboden Dornbirn

Willi Resetarits stellt seinen neuen Tonträger vor. Eine CD voll wärmender Harmonien und Melodien, eindrucklicher Dichtkunst und abwechslungsreich schwingender Rhythmen. Getragen von einer vertrauten Stimme.

Infos und alle Konzerttermine: www.williresetarits.at

Sibylle Hamann:
Saubere Dienste. Ein Report.

Residenz Verlag, 2012.
21,90 Euro

Die Journalistin Sibylle Hamann wählt einen aufrüttelnden Einstieg in ihren Buchreport „Saubere



Dienste“: Als Franziska bietet sie per Inserat ihre Dienste als Reinigungskraft in privaten Haushalten an. Nicht angemeldet. Stundenlohn: sieben

Euro. In ihrer neuen Identität versucht sie zu erfahren, wie es ist, in fremden Wohnungen zu putzen, wie man sich ihr gegenüber verhält. Eine der ersten Erkenntnisse: Als Österreicherin hat man schlechte

Karten. Zum Putzen wollen die Menschen lieber jemanden, der aus dem Ausland kommt, eine Polin zum Beispiel. So schlüpft sie in eine weitere Rolle, die der Frau aus Moldau, die ihre Kinder dort zurückgelassen hat.

„Die neuen Dienstboten“ nennt Hamann all die Reinigungskräfte, Babysitter, Pflegerinnen, die es in unserer Gesellschaft erst möglich machen, dass eine Frau Vollzeit beschäftigt ist, auch wenn die Kinder noch in den Kindergarten gehen oder sich die Eltern nicht mehr selbst versorgen können. Der Großteil von ihnen arbeitet ohne soziale Absicherung in illegalen Beschäftigungsverhältnissen. Doch das funktioniert: weil der Staat hier Komplize ist. Er schaut zu und weiß: Nur so funktioniert es. Beispiel 24-Stunden-Pflege: Ein lange praktiziertes Modell wurde einfach legalisiert. Doch jene, die die Arbeit leisten, profitieren davon nicht.

Was das Buch so spannend macht ist, dass Hamann sich nicht nur auf die Beschreibung von Missständen konzentriert, sondern die globalen Zusammenhänge aufzeigt: Wie geht es beispielsweise den Kindern der Frau aus Moldau, die in Wien putzt? Von den MoldauerInnen arbeitet heute jede/r Vierte im Ausland. Heran wächst eine Generation von Kindern, teilweise von völlig überforderten Großeltern beaufsichtigt, teils mehr oder weniger sich selbst überlassen. Es ist vor allem die Mutter, die diesen Kindern fehlt. Denn, und das ist auch eines der Ergebnisse von Hamanns Report, es sind immer die Frauen, die sich um alles kümmern. Wenn der Vater mit den Kindern daheim bleibt, funktioniert es nicht. Weltweit.

Alexia Weiss

Christian Felber:
Retten wir den Euro!

Deuticke Verlag, 2012,
10,30 Euro

Christian Felber, Mitbegründer der globalisierungskritischen Organisation Attac in Österreich, hat ein – wenig überraschend – kritisches Buch zur Wirtschaftskrise geschrieben. Dennoch trägt es den – überraschend – positiven Titel „Retten wir den Euro!“ und skizziert dazu mehrere Wege.

Ein Problem ist: Im Nachhinein wollen es Journalisten, Experten und Politiker immer schon gewusst haben – bloß konnte niemand den Ausbruch der Finanzkrise vor vier Jahren verhindern. Die Zeche zahlen die einfachen Menschen, sie spüren den noch härter gewordenen Kapitalismus am eigenen Leib, durch verschärfte

ArbeitnehmerInnen-Rechte oder höhere Preise. Ursprünglich sollte der Staat die BürgerInnen schützen; doch die Wirtschaft hat die Politik schon vor langer Zeit überholt – nicht nur in der EU, sondern weltweit. Es stimmt daher, wenn Felber der heutigen EU eine (großteils)



neoliberale Ausrichtung zuschreibt. Man kann der Staaten-Gemeinschaft vieles vorwerfen. Dabei wird gerne vergessen, dass eine Besänftigung und Vereinigung Europas nur via Wirtschaft (damals Kohle und Stahl) möglich war.

Ein nicht wissenschaftlicher Text kann provozieren. Man kann aber auch über das Ziel hinausschießen. Die EU ist schon eine ältere Dame

und Ergebnis vieler Kompromisse, die meist ältere Herren – groß geworden im nationalstaatlichen Denken – so recht und schlecht geschlossen haben. Wenn Felber das derzeitige EU-Grundgesetz, den Lissabon-Vertrag, als „nichtig“ bezeichnet, ist das jedoch verwegen. Ebenso sein Ansinnen, die Börsen abzuschaffen. Viele seiner Argumente kann man befürworten (Transaktionssteuer etc.) – jedenfalls nicht, dass mit dem Börsen-Aus auch „der tägliche Terror in Zeitungen, Radio und Fernsehen“ zu Ende gehe. Denn das ist ein Problem der Qualität der Medien – und ein weiteres Missverständnis. Das Buch enthält viele Denkanstöße, über die man länger brüten könnte als auf 160 Seiten.

Heike Hausensteiner

Die vorgestellten Bücher sind über den Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: 01/405 49 98-136, oder per E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at erhältlich.

DAS GOLDENE BYZANZ

& DER ORIENT


schallaburg

GEWINN- SPIEL

Gewinnen Sie mit der GPA-djp ein Wochenende für zwei Personen und besuchen Sie die Ausstellung „Das Goldene Byzanz & der Orient“ im Renaissanceschloss Schallaburg.

Mit etwas Glück verbringen Sie schon bald ein erholsames Wochenende im wunderschönen Mostviertel. Zwei Nächtigungen inkl. Halbpension im 4-Blumen-Bauernhof Schönlehenhof inklusive Eintritt, Führung und Mittagessen im Renaissanceschloss Schallaburg erwarten Sie.

Senden Sie eine Postkarte an:
Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien,
Alfred-Dallinger-Platz 1. Online-Teilnahme:
www.gpa-djp.at/gewinnspiele.
Einsendeschluss ist der 2.4.2012.
Keine Barablösung.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Für GPA-djp-Mitglieder ermäßigter Eintritt von € 9,- anstatt € 10,-
Gültig gegen Vorlage der GPA-djp CARD

31.3.–4.11.2012
www.schallaburg.at

Römisch-Germanisches
Zentrum
Forschungsinstitut für
Archäologie

R | G | Z | M

Scheibenförmiger Goldemallbeschlag mit der Darstellung des segnenden Christus, 9.–10. Jhdt. Email, Gold, Privatbesitz, Foto: RGZM Mainz/V. Iserhardt



KULTUR
NIEDERÖSTERREICH

